



LANDESAMT FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES BERLIN

**Für schnellere
Entscheidungen
insbesondere bei der
Anerkennung einer
Schwerbehinderung
und von ausländischen
Berufsabschlüssen
in Gesundheitsberufen**

**Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
13. Juni 2026**

CDU FRAKTION
BERLIN

Wer Hilfe braucht, soll nicht lange warten! Für schnellere Entscheidungen insbesondere bei der Anerkennung einer Schwerbehinderung und von ausländischen Berufsabschlüssen in Gesundheitsberufen durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso)

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) nimmt mit über 1.000 Beschäftigten, die in 27 Referaten arbeiten, vielfältige Aufgaben wahr, die von der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen bis zum Zuwendungsrecht reichen.

Von Entscheidungen des Lageso hängt für viele Menschen oft existenziell Bedeutsames ab, weshalb es von großer Wichtigkeit ist, mit einer zügigen Bearbeitung von Anträgen schnell Klarheit und Unterstützung zu erhalten. Dies betrifft einerseits in besonderem Maße die Verfahren zur Feststellung eines Grades der Behinderung sowie die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen in Gesundheitsberufen.

Als CDU-Fraktion Berlin halten wir die Bearbeitungsdauer für inakzeptabel. Sie stellt zunehmend eine Belastung für die Betroffenen und ihre Angehörigen dar, wenn diese auf die Feststellung des Grades der Behinderung für eine bessere Teilhabe am Leben aus sozialen oder finanziellen Gründen (z.B. Nachteilsausgleich, Pflegeleistungen oder zur Befähigung der eigenen Mobilität, Merkzeichen „aG“) angewiesen sind. Parallel zum Anstieg der eingegangenen Anträge (von 61.600 in 2022 auf 67.000 in 2024) nahm die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 131 auf 141 Tage für die Erstfeststellung und bei der Neufeststellung einer Behinderung sogar von 160 auf 191 Tage zu. In Berlin leben ca. 415.000 Menschen, bei denen ein Grad der Behinderung von 50 Prozent oder mehr festgestellt worden ist.

Qualifizierte Fachkräfte, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben und die wir gerade in den Gesundheitsberufen dringend benötigen, warten zum Teil jahrelang, bis sie ihrer Qualifikation entsprechend arbeiten können. Bis dahin können sie bestenfalls als Hilfskräfte eingesetzt werden, was weder von den Betroffenen noch den Gesundheitseinrichtungen als zielführend gesehen wird.

Daher wird sich die CDU-Fraktion nach der erfolgreichen Umsteuerung bei den Berliner Bürgerämtern nun der Reformierung des Lageso, insbesondere der Prozesse in den beiden hier genannten Bereichen als Schwerpunktprojekt annehmen, um eine kundenorientierte, leistungsfähige und transparente Servicestelle zu formen.

1. Verfahren digitalisieren, verbindliche Bearbeitungszeiten einführen, Kommunikation verbessern

Problem:

Das Lageso hat enormen Nachholbedarf bei seiner technischen Ausstattung und insbesondere beim Einsatz von digitalen Arbeitsprozessen. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist es bei der Digitalisierung Schlusslicht. Das hat nicht nur Nachteile bei den internen Arbeitsprozessen, sondern führt beispielsweise dazu, dass das Lageso zunehmend Schwierigkeiten hat, ausreichend Gutachter zu finden. Denn während die von den Gutachtern zu prüfenden medizinischen und sonstigen Unterlagen in den anderen Bundesländern digital übermittelt werden können, werden diese in Berlin nur in Papierform überlassen. In der Folge können Berliner Gutachter bequem Fälle aus anderen Bundesländern übernehmen, während es unattraktiver wird, heimische Fälle zu prüfen. Das Reservoir an Gutachtern ist für Berlin somit aufgrund der enteilten Konkurrenz der anderen Bundesländer immens kleiner, was zu Engpässen und längeren Wartezeiten für eine Begutachtung in Berlin führt. Das aus dem Jahr 2014 stammende OsavWeb-Fachverfahren ist technisch limitiert und muss endlich ersetzt werden.

Lösung:

Die Ausschreibung für ein zeitgemäßes Fachverfahren muss prioritär erfolgen, damit sämtliche Dokumente digital eingereicht/hochgeladen, verarbeitet und übermittelt werden können und somit die Begutachtung beschleunigt wird. Es bildet die Voraussetzung dafür, dass ein automatisiertes Erinnerungsverfahren eingeführt werden kann, wenn Antragsteller nicht alle erforderlichen Unterlagen eingereicht haben.

Problem:

Durch die langen Bearbeitungszeiten kommt es häufiger zu Nachfragen seitens der Antragstellerinnen und Antragsteller, was zu einem höheren Aufwand für das Lageso führt.

Diese Nachfragen sind aber äußerst nachvollziehbar, wenn man lange auf den Bescheid wartet und keine Vorstellung darüber hat, weshalb es so lange dauert und wann man mit einem Bescheid rechnen kann.

Lösung:

Nachdem das neue Fachverfahren etabliert worden ist, werden angemessene Zielzeiten für die Bearbeitungsdauer festgelegt, die nach Eingang des Antrags den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt wird.

Zudem wollen wir die Möglichkeit schaffen, auf dem Portal des Lageso oder über eine App den jeweils aktuellen Echtzeit-Status der Bearbeitung einzusehen, in welcher Bearbeitungsphase sich der Antrag befindet und wann diese voraussichtlich abgeschlossen sein wird. Ebenfalls hinterlegt werden die eingereichten Unterlagen mit Information, ob diese vollständig sind und welche ggf. fehlen.

Für Antragstellerinnen und Antragsteller, die nicht in der Lage sind, sich auf diesem Weg zu informieren oder anderweitige Rückfragen haben, wird ein Rückrufsystem eingerichtet, wenn die fallbearbeitende Person telefonisch nicht erreichbar sein sollte. Damit werden Transparenz und eine jederzeitige Zugangsmöglichkeit geschaffen. Das Image einer Behörde, die als unnahbar, langsam und schwer erreichbar gilt, muss abgelegt werden. Gerade kranke oder beeinträchtigte Menschen brauchen Orientierung und Verlässlichkeit und die Gewissheit, dass sich ihrer Anliegen angenommen wird.

2. Arbeitsprozesse vereinfachen, Entlastungen schaffen

Problem:

Arbeitsprozesse gestalten sich aufwändiger als sie sein müssten, da vermeidbare Prüfungen vorgenommen werden oder technische Schnittstellen fehlen. Rückstände führen zu Belastungen der Beschäftigten und höheren Krankenständen und können kaum abgearbeitet werden.

Lösungen:

a) Für Arzt-/Befundberichte muss die Vergütung, die Ärztinnen und Ärzte dafür erhalten,

jeweils individuell festgelegt werden. Dies erfordert einen gewissen vermeidbaren Aufwand und verursacht zusätzliche Belastungen, wenn es zum Streit über die Höhe der Vergütung kommt. Daher ist Ziel, mit der Ärztekammer eine Vereinbarung über eine Fallpauschale zu treffen so wie es bereits mit der Rentenversicherung praktiziert wird.

b) Aufgrund der zahlreichen Interaktionen mit Einrichtungen aus dem Gesundheits- und Pflegebereich liegt es auf der Hand, dem Lageso zu ermöglichen, mit ihnen ohne Medienbruch auf dem gleichen Wege datensicher zu kommunizieren. Deshalb ist das Lageso an die Telematik-Infrastruktur anzubinden. Dies ist grundsätzlich möglich und praktikabel, was ein Testversuch in Bremen zeigt.

c) Beschäftigte, die neu beim Lageso beginnen, sind umfassend und grundsätzlich für ihre Tätigkeit im Lageso und die sozialrechtlichen Aufgabenbereiche auszubilden, damit ihnen der Einstieg leichter fällt, bereits nach kurzer Zeit entlastend wirken und aufgrund der umfassenderen Schulung über grundlegende Kenntnisse verfügen, um flexibler in unterschiedlichen Arbeitsfeldern des Lageso eingesetzt werden zu können, um bspw. Arbeitsspitzen besser ausgleichen zu können.

d) Bevor das neue Fachverfahren startet, sollten die Rückstände aufgearbeitet sein, damit es sogleich seinen vollen Nutzen entfalten kann. Beim Aufarbeiten der Rückstände ist es nicht erforderlich, hoch qualifizierte Fachkräfte einzusetzen, sondern es wäre ausreichend, nach dem Vorbild des LAF bzw. nun LFU Flexiarbeitskräfte einzusetzen, die gezielt die rückständigen Fallakten aufbereiten.

3. Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Gesundheitsberufen beschleunigen

Problem:

Pflegekräfte, Ärzte oder andere Fachkräfte wie Physiotherapeuten oder Apotheker warten teils extrem lange auf Anerkennungen. Währenddessen dürfen viele nicht adäquat eingesetzt werden, obwohl händeringend nach Fachkräften gesucht wird. Berlin ist attraktiv und hat als Gesundheitsstandort einen hohen Bedarf an Fachkräften, so dass es viele Fachkräfte nach Berlin zieht, von den ein nicht unerheblicher Teil gezielt aus dem Ausland angeworben wird. In der Folge ist die Zahl der Anerkennungsverfahren in den letzten Jahren erheblich gestiegen, doch die Anzahl der Lageso-Beschäftigten in diesem Bereich wurde nur geringfügig erhöht. Das hat dazu geführt, dass in Berlin in 2025

in etwa doppelt so viele Fälle pro Mitarbeitende wie im Nachbarland Brandenburg anfallen.

Was das Anerkennungsverfahren zudem aufwändig gestaltet, ist die Vielfalt an Herkunftsländern, in denen es immer wieder keine einheitlichen Qualifikationen, sondern regional und auch nach Abschlussjahr unterschiedliche regionale Berufsabschlüsse gibt.

Lösung:

Auch hier muss eine Digitalisierung zügig erfolgen, doch ist ein weiterer, maßvoller Personalaufbau erforderlich. Anders ist der gestiegene Arbeitsaufwand (von 3.123 Anträgen in 2023 auf 3.970 Anträge in 2024) nicht zu bewältigen. Ein sorgfältiges aber dennoch schnelleres Verfahren, das fachliche Qualität und eine hinreichende Sprachkompetenz sichert, liegt in unserem Sinne und im Sinne von Patientinnen und Patienten sowie Pflegebedürftigen.

In den Fällen, in denen gezielte Anwerbungen erfolgen, muss das Anerkennungsverfahren frühzeitiger vorbereitet und eingeleitet werden, damit nach der Ankunft in Deutschland keine Wartezeit besteht.

Grundsätzlich sehen wir es aber als unerlässlich an, dass nicht jedes Bundesland einzeln für sich die Anerkennungsverfahren durchführt, sondern diese in einer zentralen Stelle bundesweit bearbeitet werden. Entsprechende Bestrebungen sind bei der Einrichtung eines zentralen Informationsportals (anerkennung-in-deutschland.de), das auf die in den Ländern jeweils zuständigen Behörden lediglich verweist, stecken geblieben. Deshalb wollen wir diesen Prozess wieder in Gang bringen. Denn eine zentrale Stelle für Deutschland ist in der Lage, sich dank eines größeren Personalkörpers stärker zu spezialisieren und damit die Verfahren effektiver durchzuführen.


4. Errichtungsgesetz für bessere fachliche Steuerung


Das Lageso übernimmt Aufgaben für verschiedene Senatsverwaltungen: SenWGP, SenJustV, SenMVKU und SenASGIVA, wobei das Lageso der SenASGIVA nachgeordnet ist. Das bedeutet, dass das Lageso formal nur gegenüber der SenASGIVA als Dienstaufsicht führender Behörde direkt verantwortlich ist und die anderen Senatsverwaltungen außer der Fachaufsicht keine unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten haben. Es erschwert

die Veränderung und Steuerung fachlicher Prozesse sowie die Anpassung von Personalressourcen, wenn letztlich der direkte Weg für die fachlich verbundenen Senatsverwaltungen nicht gegeben ist und der Umweg über SenASGIVA genommen werden muss. Dies stellt einen vermeidbaren Mehraufwand für alle beteiligten Stellen dar. Daher wollen wir die Aufsichtsregeln klarer gestalten und direkte Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten (Fach- und Dienstaufsicht) über ein Errichtungsgesetz oder andere geeignete Wege ermöglichen.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

 Telefon: (030) 23 25 21 15

 Telefax: (030) 23 25 27 65

 mail@cdu-fraktion.berlin.de

 www.cdu-fraktion.berlin.de